

Einleitung

Lepsius, M. Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lepsius, M. R. (1979). Einleitung. In J. Matthes (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa: Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages in Berlin 1979* (S. 502-504). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-156363>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

M. Rainer Lepsius

Einleitung

Das westeuropäische Parteiensystem hat seit den fünfziger Jahren eine erhebliche Stabilität bewiesen. Die nationalen tradierten Grundstrukturen aus dem 19. Jahrhundert sind strukturbestimmend, neue Parteien sind nur vereinzelt, etwa in den Niederlanden oder in Dänemark, dauerhaft hinzugetreten. Diese Kontinuität und Stabilität ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert angesichts des ausserordentlichen Wandels der westeuropäischen Sozialstruktur seit dem 2. Weltkrieg, der erheblichen Ausweitung der nationalen Bildungssysteme und des gleichzeitigen Anstiegs der Lebenshaltung. Es kommt hinzu, dass nunmehr der 2. Generationswechsel in den Eliten nach dem Kriege erfolgt. Andererseits wird seit etwa 10 Jahren immer häufiger von einer Krise des Parteienstaates, einer drohenden Entlegitimierung der parteienstaatlichen Demokratie, einer abnehmenden Absorptionskraft des parlamentarischen Systems für neue Interessenlagen gesprochen. Die Bewegung von 1968, die neuen Partizipationsformen in Bürgerbewegungen und neue Subkulturen belegen starke Tendenzen sozio-kulturellen Wandels. Die Prognosen sind vielfach kritischer als es der tatsächliche Befund auch nach den Wahlen zum Europäischen Parlament ausweist.

In dieser Lage erscheint es reizvoll, sowohl theoretisch wie empirisch die Zusammenhänge zwischen Parteiensystem und Interessenformierung zu diskutieren. Eine solche Diskussion hätte mehrere Dimensionen aufzugreifen: die Prozesse der Interessenformierung und ihre Organisationsformen, die Transmissions- und Selektionsfunktion der Parteien und ihre Anpassungselastizität an neue Interessenformationen, die Rolle der Parteien im staatlichen Steuerungs- und Implementationsprozess, die Ausdifferenzierung neuer politischer "Arenen" und die Funktionsvermischung verschiedener institutioneller Ebenen und Organe, die Verteilungsspielräume und den Grad der Privilegierung unterschiedlicher Interessenlagen, das Verhalten und die Integrationskraft der politischen Eliten. Dies kann in diesem Zusammenhang natürlich nicht alles systematisch aufgegriffen werden. Die folgenden Beiträge konzentrieren sich daher im wesentlichen auf zwei Dimensionen: auf die Problematik von Wertwandel und Parteiensystem und auf die Problematik von Wandlungen innerhalb des institutionalisierten politischen Prozesses.

Für den ersten Problemzusammenhang liegen neuere und im engeren Sinne international vergleichende Untersuchungen zum Wandel von Wertvorstellungen und politischem Verhalten vor, die durch die Beiträge von Ronald Inglehart und von Max Kaase und Hans Dieter Klingemann vorgestellt werden. Die von ihnen durchgeführten Untersuchungen stellen zwei Beispiele für die ansonsten noch wenig entwickelte komparative Sozialforschung dar und dürfen schon deswegen im Rahmen des Generalthemas des Soziologentages besonderes Interesse beanspruchen. Der Beitrag von Michael Th. Greven thematisiert das Problem der Entstehung neuer Subkulturen im Zusammenhang mit Prozessen des Wertwandels, die sich möglicherweise dauerhaft ausbilden und die Basis für neue politische Organisationsformen sein könnten.

Für den zweiten Problemzusammenhang gibt Gerhard Lehmbruch einen Überblick über Veränderungen der Rolle der Parteien im politischen Prozess, den Franz Lehner am Beispiel der Politikverflechtung vertieft. Beide Beiträge stellen die Problematik der Interessenvermittlung in das politische System in einen breiteren Zusammenhang, durch den die traditionelle Behandlung dieses Problems überschritten wird und neue institutionelle Rahmenbedingungen für Interessenvermittlungen thematisiert werden.

Auf dem Kongress wurde auch noch ein Beitrag zur Elitenforschung in der Bundesrepublik von Ursula Hoffmann-Lange vorgestellt, der aber aus Platzgründen nicht mehr zum Abdruck kommen kann.

Die hier veröffentlichten Beiträge versuchen, aus neuen Perspektiven ein altes Problem der Soziologie aufzugreifen: das Verhältnis von Sozialstruktur und politischer Ordnung. Weder determiniert die Sozialstruktur und ihre Änderung mit hinreichender Genauigkeit Form und Gehalt der politischen Ordnung, noch kann eine politische Ordnung dauerhaft sozialstrukturellen Wandel kanalisieren. Die konkreten Vermittlungsprozesse zwischen beiden können daher nicht aus Modellen deduziert werden. Empirische Forschung wird umso wichtiger, je vielfältigere Formen der Interessenformierung und Interessenvermittlung ausgebildet werden. Für Soziologen ist es dabei von besonderer Wichtigkeit, über international vergleichende Forschungen die Breite der institutionell unterschiedlichen Formen für diese Vermittlungsprozesse herauszuarbeiten und nicht in perspektivischer Verengung an die Sondersituation ihrer eigenen Gesellschaft als Erfahrungsobjekt gebunden zu bleiben. Angesichts der verschiedenen Ausformungen neuer Subkulturen und der Veränderung von Wertpräfe-

renzen ist eine Erfassung internationaler Entwicklungen auch deswegen wichtig, weil sie davor bewahren kann, ungeprüft spezifischen Elementen der institutionellen Struktur einer Gesellschaft oder historischen Legaten eine kausale Bedeutung für solche Veränderungen zuzuschreiben. Festgehalten werden muss, dass es uns noch weitgehend an Zeitreihen für die Messung von Wertwandlungen fehlt, sodass manches, was heute vielleicht sehr neuartig in Erscheinung tritt, doch nur das Ergebnis einer kurzen Beobachtungsspanne ist. Nur der Aufbau von kontinuierlichen Forschungen mit vergleichbaren Kriterien kann aus kurzatmigen Prognosen befreien. Gleichermassen ist darauf hinzuweisen, dass die politischen Institutionen eine erhebliche Eigendynamik aufweisen. Mit ihr kann eine Anpassungselastizität verbunden sein, die weit grösser ist, als es in der nominellen - und auch verfassungsmässigen - Konstanz der Organe und Handlungseinheiten der politischen Ordnung zum Ausdruck kommt. Auch hier sind grössere Anstrengungen für eine komparative Institutionenanalyse nötig. Soziologen haben vielleicht zu geringe Anstrengungen auf eine empirische Institutionenanalyse gerichtet, die Kooperation mit der Politischen Wissenschaft ist dafür sicherlich förderlich.